



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Fürstenwürde und Partikularismus

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## fürstenwürde und Partikularismus



ie könnte es in Deutschland jemals vergessen werden, daß das Bestreben der kleinen deutschen Fürsten, möglichst selbständig zu sein, die Schwäche des alten deutschen Reichs verschuldet hat, daß noch in der Neuzeit die Sonderrechte der Fürsten und ihre Abneigung, sie preiszugeben, das Haupthemmnis der deutschen Einigung waren? Nicht der gute Wille der Fürsten, sondern der Zwang der Verhältnisse hat die Einschränkung ihrer Rechte bewirkt, die nötig war, wenn das deutsche Reich einig und stark werden sollte.

Seitdem ist öfter mit Genugthuung hervorgehoben worden, daß die deutschen Fürsten die neugeschaffnen Verhältnisse freudig anerkennen. Aber ein Vorfall, wie der jüngst so viel besprochne, zeigt, daß das doch nicht allgemein zutrifft. Und darauf haben auch schon manche andre Erscheinungen schließen lassen. Auch genügt es zur Beurteilung dieses Verhältnisses und der etwa darin liegenden Gefahr nicht, daß man die Gesinnung der gegenwärtig herrschenden Fürsten und vielleicht noch der Thronerben prüft. Es sollte vielmehr erwogen werden, was in Zukunft eintreten könnte, welche Möglichkeit, eine Sonderpolitik zu treiben, noch für einen ehrgeizigen Fürsten gelassen ist, welche Stütze er vermutlich an der Stimmung der Bewohner seines Landes finden würde, wenn die heute so deutlich hervortretende Mißstimmung weiter zunimmt und in den Verhältnissen Nahrung findet.

Es könnte auch eingewandt werden, daß die Hauptgefahr nicht in der Mißstimmung und dem verletzten Ehrgefühl der Fürsten zu suchen sei, sondern in der Volksstimmung, in der alten und heute wieder auflebenden Stammesfeindschaft zwischen Nord und Süd. Es ist richtig, daß der Partikularismus eine Hauptstütze findet in der Gesinnung, die man als spießbürgerlich zu bezeichnen pflegt, und die in den Kreisen des kleinern Mittelstandes in der Stadt

und auf dem Lande wohl am verbreitetsten ist. Der Idealismus, der in dem Streben für ein größeres Ganze liegt, findet bei dem niedrigen Bildungsgrade in diesen Kreisen oft wenig Verständnis. Und die kleinliche Gesinnung, die die Unterordnung unter ein größeres Ganze als lästigen Zwang empfindet, wagt sich um so freier hervor, je mehr die Erinnerung an die großen Ereignisse des Krieges und die Waffengemeinschaft von Nord und Süd verbbleicht, je mehr auch andre Umstände dazu beigetragen haben, den Idealismus zu schwächen.

Aber wie kräftig auch immer die Sigl und Genossen schimpfen mögen, sie sind doch schwerlich die Leute, die eine Sonderpolitik mit Erfolg leiten könnten. Man ist bei uns viel zu sehr an die Führung durch die Fürsten gewöhnt, und die militärische Organisation ist viel zu mächtig, als daß nicht im Ernstfalle die Haltung der Fürsten bestimmend sein sollte. Fürstenpolitik hat im Jahre 1866 die Haltung der einzelnen deutschen Kleinstaaten bestimmt, obgleich doch schon damals eine starke auf Einigung gerichtete Bewegung lange in der deutschen Volke bestanden hatte. So wird auch in Zukunft der bramarbasirende Preußenhaß erst dann zu einer Gefahr werden, wenn er sich mit Machtgelüsten eines Fürsten verbindet, wenn er an der fürstlichen Politik eine Stütze und einen Mittelpunkt findet. Und wie aufrichtig immer die Versicherung gemeint sein mag, daß ernsthaft an eine Sonderpolitik nicht gedacht werde, es muß eben, wie gesagt, jede Möglichkeit für die Zukunft erwogen werden, und bei der geographischen Lage Süddeutschlands, bei der ansehnlichen Volkszahl dieses Ländergebiets, liegt die Gefahr einer Rückkehr zu alten Überlieferungen dort am nächsten. Darum sollte sorgfältig auf jedes Zeichen wachsender Entfremdung in den Volkskreisen geachtet werden, aber auch auf jedes Zeichen zunehmenden Selbständigkeitsgefühls bei dem einen oder andern Fürsten. Es ist schon nicht unbedenklich, wenn das Wachsen der Abneigung gegen Preußen vielleicht doch nicht ganz ungern gesehen wird, weil diese Stimmung als ein Gegengewicht betrachtet wird gegen die erdrückende Macht des Großstaats und damit zugleich als eine Stärkung des Ansehns der einzelnen Fürsten, eine Erhöhung ihrer Popularität bei den eignen Unterthanen. Und da erinnern wir wieder an das schon Gesagte von der Bedeutung der Fürstengewalt und des Fürstenhofes mit allem, was damit zusammenhängt, für den Partikularismus. Man braucht wahrlich nicht hart zu urteilen, man braucht sich nur die Macht der von Kindheit an auf die Fürsten einwirkenden, mit ihrer Erziehung und Umgebung zusammenhängenden Einflüsse zu vergegenwärtigen, um zu begreifen, daß sich ein Gefühl der Eifersucht einstellen kann, wenn z. B. die Ergebnissgefühle für den Kaiser und für den König mit einander in Konkurrenz treten.

Warum ist in Schleswig-Holstein der Partikularismus viel rascher und gründlicher verschwunden als in Hannover? Warum hat dort sehr bald nach dem 1870er Kriege die sogenannte Landespartei nur noch ein kümmerliches

Dasein gefristet, während in Hannover die Welfenpartei noch heute eine Macht ist? Der Preußenhaß war kurz vor dem Kriege von 1866 in Schleswig-Holstein gewiß mindestens eben so stark wie in Hannover. Aber in Schleswig-Holstein fehlten die Überlieferungen des selbständigen Fürstenhauses, die in Hannover so mächtig nachwirken und die Übertragung der Ergebenheitsgefühle auf die Hohenzollernmonarchie so lange erschwert haben. Von Anhänglichkeit an das dänische Fürstenhaus war bei den deutschgesinnten Bewohnern Schleswig-Holsteins nach dem Kriege von 1848 bis 1850 keine Rede mehr. Der Wunsch der Selbständigkeit aber, der in den Huldigungen für den Augustenburger so beredten Ausdruck fand, war doch nur ein kurzer Traum, der keine bleibenden Spuren im Volksgemüt hinterlassen hat. Heute wünscht kein verständiger und politisch zurechnungsfähiger Schleswig-Holsteiner mehr, daß auf Schloß Gottorp ein selbständiger Fürst seinen Sitz haben möge. Wo der Fürstenhof fehlt, da stellt sich eben viel leichter das Gefühl der Gleichberechtigung ein, da wird nicht die doch so notwendige und unvermeidliche Unterordnung unter die Zentralgewalt als drückende Demütigung empfunden. Wenn dem Provinzialen alle Wege offen stehen, wie sollte er nicht lieber der Angehörige eines Großstaates als der eines Kleinstaates sein wollen, und welcher Anlaß wäre für ihn zum Neid auf eine Größe und Bedeutung, woran er selbst mit Anteil nimmt?

Ganz anders ist es bei dem Träger einer königlichen Würde, dem der Verzicht auf Gleichberechtigung mit dem Beherrscher des im Staatenbunde führenden Staates schwer fallen mag, und der doch der Natur der Dinge nach unter den heutigen Verhältnissen gar nicht eine selbständige unabhängige Stellung beanspruchen kann. Wann wären denn in der Neuzeit die deutschen Kleinstaaten Verbündete im Sinne eines internationalen Bündnisvertrags zwischen gleichberechtigten Mächten gewesen? Sie waren Vasallen des ersten Napoleon, sie folgten 1866 der Führung Preußens oder Österreichs, und sie würden in Zukunft die Oberhoheit Preußens nur abschütteln können, um in eine andre, aber für das Nationalgefühl schmachvolle Abhängigkeit zu geraten. Aber wie allbekannt dies auch ist, so mag es doch, wie die Thatfachen lehren, für den, der das Bewußtsein fürstlicher Würde im Busen trägt, nicht immer angenehm sein, sich die Stellung eines Kleinstaats zu vergegenwärtigen und hieraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Was soll nun geschehen? Sollte die im Jahre 1866 unvollständig gebliebene Revolution von oben nachträglich vollendet, die Einigung vollständig durchgeführt werden? Daran kann im Ernst nicht gedacht werden. Was eintreten könnte, wenn in Zukunft jemals ein deutscher Fürst seine Pflicht ver säumen sollte, entzieht sich jeder Berechnung. Für die Gegenwart aber ist unsre Aufgabe klar genug gegeben. Wir sollen diese Erscheinungen sorgfältig beachten und daraus zu lernen suchen. Anstatt die süddeutschen Brüder zu

schmähen und zu schelten, sollten wir vielmehr untersuchen, ob nicht von Preußens Seite manches geschehen ist, was im Süden Mißstimmung erregt hat. Es sollte dahin gestrebt werden, daß dem Verhältnis des Großstaats zu den Kleinstaaten jede verletzende Form benommen werde, daß sich die Süddeutschen als gleichberechtigt, nicht als untergeordnet fühlen. Bei der Politik des führenden Staates sollte immer auf das Verhältnis zu Süddeutschland Rücksicht genommen, sollte darnach gestrebt werden, die dortige Volksstimmung günstig zu beeinflussen. Die ganze innerpolitische Entwicklung der letzten Jahre hat aber eher in der entgegengesetzten Richtung gewirkt. Es wird ja viel zu wenig Wert auf moralische Eroberungen, auf Gewinnung der Volksstimmung gelegt; statt dessen wird die Anerkennung einer durch ihre Würde gebietenden höchsten Autorität der Regierungsgewalt verlangt. Wenn in mancher Weise auf die Anschauungen früherer Zeiten zurückgegriffen wird, so scheint zu wenig beachtet zu werden, daß dadurch auch in gewissem Grade die Neigung der Rückkehr zu den frühern Zuständen gefördert werden kann. Können wir uns darüber wundern, daß die Vorstellungen von der Härte und Schroffheit des Preußentums wieder aufleben, wenn eine Geistesrichtung gepflegt wird, die ehemals das Preußentum so unbeliebt gemacht hat, und wenn die Macht durch Befolgung von Grundsätzen zu befestigen gesucht wird, die heute in Wahrheit diesem Zweck nicht dienen? Eine „Sunterherrschaft“ ist am wenigsten dazu geeignet, bei den „gemütlichen“ Bajuwaren Sympathien für Preußen zu erwecken.

Ganz besonders sollte erwogen werden, ob eine in neuerer Zeit gepflegte Anschauung von der Stellung und Aufgabe des Fürsten im modernen Staat wohl dem damit verbundenen Zweck, das deutsche Reich zu stärken, wirklich dient, oder ob nicht gerade dadurch partikularistische Machtgelüste wachgerufen werden könnten. Lange hat man ja in der Stärkung der Fürstengewalt das wirksamste Mittel zur Befestigung des deutschen Reichs gesehen; auch im Volke haben solche Anschauungen vielfach Verbreitung gefunden. Dabei scheint aber die Möglichkeit gar nicht erwogen worden zu sein, daß sich zwischen den von der Reichsregierung und den von den einzelnen Bundesregierungen vertretenen Anschauungen, richtiger zwischen den persönlichen Anschauungen des Kaisers und denen der Bundesfürsten, Gegensätze zeigen könnten. Die deutschen Fürsten sind lange als die guten Kinder gelobt, wegen ihrer Folgsamkeit und ihrer musterhaften nationalen Gesinnung als Vorbild für die störrigen Kinder, die oppositionell gesinnten Abgeordneten aufgestellt worden. Manche Vorgänge der letzten Zeit aber könnten wohl Zweifel daran erwecken, ob diese Auffassung auch ganz richtig sei. Es ist natürlich, daß sich Gegensätze unter den Fürsten mehr zu verbergen suchen, als die in Volkskreisen herrschende naiv und vorlaut sich kundgebende Stimmung. Aber gerade deshalb ist ihre Bedeutung um so ernster. Es ist psychologisch sehr erklärlich, daß, je mehr im deutschen

Reich die Fürstenwürde in den Vordergrund tritt und auch mit äußerem Glanz ausgestattet wird, je mehr der persönliche Wille des Reichsoberhauptes zum ausschließlich bestimmenden zu machen gesucht wird, desto eher das nun einmal thatsächlich vorhandne und unvermeidliche Abhängigkeitsverhältnis als demütigend empfunden werden kann, daß sich desto eher solche Gegensätze bilden, und die Neigungen zum Betreiben einer Sonderpolitik wieder erwachen können. Es sollte nie vergessen werden, wie das deutsche Reich zu stande gekommen ist, und wodurch die Gegensätze zwischen Nord und Süd so rasch ausgeglichen, auch die von Preußen neu erworbenen Landesteile verhältnismäßig rasch innerlich angegliedert worden sind. Die mächtige Volksbewegung, das Bewußtsein der nationalen Verwandtschaft und der Gemeinsamkeit der Interessen, das unbedingte Vertrauen auf die bewährte Führung, die schöne Eintracht zwischen den Fürsten und dem Volke, das alles wirkte damals zusammen und drängte jede kleinliche Regung zurück. Das Herrscherhaus der Hohenzollern hat sich damals und in der nachfolgenden Zeit ein hohes Verdienst um die Befestigung der deutschen Einheit erworben. Aber nicht durch Berufung auf das Legimitätsprinzip, dessen verpflichtende Kraft nicht über die Grenzen Altpreußens hinausgereicht hätte, sondern durch das persönliche Wirken und die gewinnende Persönlichkeit seiner Vertreter. Auch ferner sollte die Stellung der Monarchie in modernem Geist aufgefaßt werden, sollte ihre beste Stütze in der Popularität, in der Gewinnung der Zustimmung des Volks gesucht werden, und dies gerade mit besondrer Rücksicht auf die eigentümlichen staatlichen Verhältnisse des deutschen Reichs, weil nämlich die Berufung auf angestammte Erbrechte auch zur Rechtfertigung partikularistischer Machtgelüste dienen könnte.



## Der Frauentag in Kassel



n Kassel sind zu Pfingsten die Abgeordneten der deutschen Frauenvereine zu einem „Kongreß“ zusammen gewesen und haben über die wichtigsten Punkte der sogenannten Frauenfrage beraten. Außer diesen Abgeordnetenitzungen aber, deren Beurteilung sich natürlich dem Nichtteilnehmer entzieht, fanden auch zwei zahlreich besuchte öffentliche Versammlungen statt, die in vieler Beziehung Befremden erregt haben und zu einigen Bemerkungen nötigen. Nicht etwa um den äußern Erfolg anzuzweifeln; der ist den Veranstalterinnen im reichsten Maße zu teil geworden, und das ist auch nicht zu verwundern. Denn fast alle Damen, die